

Interview Arno Reis
Fassung 13.09.2011

Überall liest man: Die Regierungen müssen drastisch sparen. Die USA, die EU und fast alle Länder der EU. Muß man an und in der Landwirtschaft auch sparen? Die EU subventioniert mit rund 55 Milliarden € die Landwirte und die Agrarindustrie. Das ist mit ca. 40 % der größte Posten im Gemeinschaftsetat. Im vergangenen Jahr erhielten deutsche Bauern 7,5 Milliarden Euro - davon waren 5,7 Milliarden Euro Direktzahlungen. Hinzu kommen Zahlungen des Bundes und der Länder.

Würde man, wenn man diese Zahlungen massiv kürzt, unsere Landwirtschaftsbetriebe in den Konkurs zu treiben?

Spontan: Ja, man kann drastisch streichen. Aber nur, wenn man radikal umdenkt. Aber zunächst einmal: Wie viel Geld reine Subvention ist, ist schwer zu ermitteln, eigentlich weiß das niemand genau, das ist eine Frage der Definition und darüber herrscht keine Einigkeit. Diese Zahlungen enthalten auch Gelder für gewollte Umweltleistungen einschließlich ökologischem Landbau, der sich seltsamer Weise ohne diese Mittel nicht am Markt bebauten können soll.

Immerhin gelten die Direktzahlungen als eindeutige Subvention. Genau da will ja EU-Kommissar Dacian Ciolos ansetzen und die Betriebsprämien auf 300.000 € pro Betrieb deckeln. Damit sollen 2,5 Milliarden eingespart werden.

Stimmt, sie sind ein Reizthema. Aber wenn Ideologie ins Spiel kommt, hört der Sachverstand auf. Die Ideologen von Oxfam oder Green Peace haben leider kein betriebswirtschaftliches Verständnis, aber sie machen fulltime Stimmung mit Neidgefühlen auf die „großen“ und das wirkt bis in so seriöse Zeitungen wie die FAZ hinein. Und die EU-Kommission meint auch, sich diesem vermeintlichen öffentlichen Druck beugen zu müssen.

Wie das?

Auch Agrarkommissar Ciolos hat noch nicht umgedacht. Ich stelle fest: Direktzahlungen sind keine Subventionierung der Landwirte und der Betriebe. Könnten beispielsweise die Damen und Herren von Oxfam Bilanzen lesen, so würden sie feststellen, daß die Betriebsgewinne mit Einführung der Direktzahlungen nicht um den Betrag der Direktzahlungen gestiegen, sondern vielmehr auf dem früheren Niveau geblieben sind. Diese Zahlungen werden auf zwei Wegen von den Betrieben abgesogen: Teilweise sind es steigende Pachtforderungen und steigende Landpreise, und dazu trägt die BVVG leider in erheblichem Um-

fang bei - der Staat holt sich also einen Teil seiner Zahlungen über Pachten und Bodenpreise zurück. Und hauptsächlich sind es Verbrauchersubventionen. Durch diese Zahlungen sind die Preise der Primärprodukte nicht wesentlich gestiegen trotz höherer Kosten für die Landwirtschaft. Wir haben also eine Verbilligung der Lebensmittelpreise, indem die Einkaufspreise für die Verarbeiter niedrig gehalten werden. Es ist wie im alten Rom: Steigen die Brotpreise, gibt's nen Aufstand. Ich verstehe nicht, warum die Landwirte und deren Verbände sich in diese Ecke stellen lassen und sich ihre Direktzahlungen schlechtreden und größenabhängig kürzen lassen: Es sind und bleiben Verbrauchersubventionen und leider zum Teil auch Verpächtersubventionen. Aber das mögen die, die den Neid schüren, nicht so gern hören weil es ihrem Glaubenscredo widerspricht. Dabei haben wir jetzt den idealen Zeitpunkt, sowohl in der EU als auch in den Mitgliedsländern, diese Subventionen ab- und umzubauen. Vielleicht sogar weltweit. Die Chancen werden nie mehr so gut sein wie derzeit. Herr Ciolos hat die Chance, sich wegzurationalisieren.

Also überhaupt keine Direktzahlungen mehr? Was bleibt dann dem Landwirt?

Jetzt kommt der Spareffekt. Über 35 % des Gesamthauhalts der EU fließt in die Landwirtschaft. Hinzu kommen die Zahlungen des Bundes und der Bundesländer. Auf jeden Fall kann man alle direkten Subventionen und Transferleistungen, die sich im Produktpreis niederschlagen, ersatzlos streichen. Von heute auf morgen. Konsequenz: Landwirte müssen zu kostendeckenden, also nicht mehr subventionierten Preisen verkaufen. Und die Weiterverarbeiter und der Handel müssen auf dieser Basis einkaufen. Und die Mitgliedsländer der EU müßten dramatisch weniger in den großen Topf der EU einzahlen, um Teile davon unter Abzug der Verwaltungs-, Kontroll- und Umverteilungskosten zurück zu bekommen.

Aber dann hätten wir eine Inflation der Lebenshaltungskosten.

Jein. Die Preisstabilität der Vergangenheit resultiert bisher zu einem Teil aus den Lebensmittelpreisen, die bei weitem nicht so stark gestiegen sind wie die Preise für Industriegüter und Dienstleistungen. Die niedrige Inflationsrate bei den Lebensmittelpreisen war und ist bisher nur durch die Preissubvention auf dem teuren Umweg über Zahlungen an die landwirtschaftlichen Primärproduzenten möglich gewesen. Die Frage ist doch: Kann die Preisstützung sowohl kostengünstiger als auch gerechter erfolgen?

Und wie soll das gehen?

Der Getreideanteil an einem Brötchen beträgt, je nach Getreidepreis, zwischen 0,6 und 1,1 cent. Das Brötchen kostet im Schnitt 29 cent – selbst eine Verdoppelung des Getreidepreises bei Fortfall der bisherigen Prämieren würde das Brötchen auf 30 bis 32 ct verteuern. Die ZMP hat 2007 errechnet, daß ein 750-g-Brot einen Weizenanteil von 6 % hat. Bei einer utopischen Verdoppelung des Weizenpreises würde das Brot dann 2,65 € statt 2,50 € kosten. Na und? Das setzt aber eine andere Kalkulation voraus, eine kostenorientierte, keine Aufschlagskalkulation bei der der Einstandspreis stufenweiser multipliziert wird.

Und wie ist bei Reizthema Milchpreis?

Da haben wir bald eh den Ausstieg aus der Quote. Können Sie für 250g Butter, die bisher 1,20 € kostet, künftig 2,40 € oder gar 3,60 € zahlen ? Ich kanns. Und Sie bestimmt auch. Und viele andere ebenso. Wir müssen nicht subventioniert werden. Und: Wie viele Pfund I Butter essen wir denn im Monat?

Aber nicht alle können sich diese Preise leisten.

Natürlich nicht. Jetzt kommt die Soziale Marktwirtschaft ins Spiel. Den Behörden und Ämtern sind doch die Schwachen und Bedürftigen bekannt. Die erhalten nach meinem Konzept im Monat beispielsweise 25 € Lebensmittelzuschuß – bei Hartz IV werden 128,46 € für Lebensmittel angesetzt, also paßt. Dann hätte man keine höheren Ausgaben wie bisher. Das Ergebnis: Keine Subvention mit der Gießkanne sondern nur noch gezielte Unterstützung der Bedürftigen.

Rechnet sich diese Form des Subventionsabbaus??

Gezielte Stützung der tatsächlich Bedürftigen ist sowohl billiger als auch gerechter als die Subvention mit der Gießkanne. Natürlich ist es ein Problem, daß dann die Agrarbürokratie der EU, des Bundes und der Länder in Teilen arbeitslos wird. Aber auch das gehört zum Abbau der Subventionsnebenkosten, auch wenn man den Abbau der Agrarbürokratie vielleicht netter Transfer oder Konversion nennen könnte. Naja, vielleicht können Teile der bisherigen öffentlichen Verwaltung für die Zahlungen an die Bedürftigen eingesetzt werden.

Weniger Agrarbürokratie läßt sich doch politisch nicht durchsetzen. Oder?

Ich bin kein Politiker. Ich gehe so weit, daß man dann Landwirtschaftsministerien auflösen und den Rest in die Wirtschaftsministerien integrieren könnte. Schlanker Staat also. Alle reden davon, niemand beginnt damit.

Selbst wenn das möglich wäre - Deutschland kann doch keine Subventionsabbauinsel sein.

Ich spreche bewußt von der EU. Das erwarte ich auch von allen Ländern in der EU. Länder, denen die Schulden bis zum Hals stehen, müßten die Vorreiter sein.

Es gibt aber nicht nur einen Binnenmarkt der EU, es gibt einen Weltmarkt, der kräftig subventioniert ist. Da kann sich auch eine EU nicht ausklinken.

Doch. Im Innverhältnis der EU gibt's künftig unsubventionierte Marktpreise. Importe werden in Höhe der Subventionen des Herstellerlands besteuert, also auf europäisches Preisniveau angehoben. Die Abschöpfung ist ein altbekanntes Instrument - die nationalen Subventionen von außerhalb der EU werden also abgeschöpft. Exporte aus der EU werden bis zur Höhe der Subvention des Empfängerlands bezuschusst, die Preise also auf die Höhe des Empfängerlands abgesenkt. Dieses Konzept der kostenorientierten Landwirtschaft könnte sogar für die Entwicklungshilfe tauglich sein.

Ein mutiger Schwenk. Warum das?

Exporte in Entwicklungsländer werden nicht gestützt. Denn bisher führten die niedrigen Preise oft dazu, daß die einheimische Landwirtschaft, die höhere Produktpreise erzielen müßte, zu Tode konkurriert wird. Bei unsubventionierten Importen könnte sich nationale Nahrungsproduktion in sogenannten Entwicklungsländern wieder lohnen. Und die Landwirtschaft zur Eigenversorgung gilt als Primärstufe einer organischen wirtschaftlichen Entwicklung.

Haben Sie dieses Konzept des Subventionsabbaus schon politisch verkauft?

Nein. Professor Kirchhoff hatte zunächst Schiffbruch erlitten. Und ich heiße nicht Kirchhoff. Und ich kann nicht wie er über ein Universitätsinstitut, das mir zuarbeitet, verfügen. Ich bleibe lieber ein Querdenker.